

CO<sub>2</sub>-Markt. Bis dato konnte nur ein Minimalkonsens gefunden werden. Dieser sieht vor, dass der künftige Umgang mit überschüssig zugeteilten Emissionsrechten nicht diskriminierend sein und die Umweltwirksamkeit eines Klimaschutzübereinkommens nicht beeinträchtigen dürfe.

Seit dem Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz im Dezember 2009 steht die EU-Klimaaußenpolitik auf dem Prüfstand. Die Entwicklung der internationalen Klimapolitik ist für die EU-interne Klimapolitik von großer Bedeutung, da zwischen interner und externer Dimension eine enge Verzahnung besteht. Einerseits kann die internationale Klimapolitik Katalysator für die EU-interne Dimension sein. Die EU vertritt den Anspruch einer Vorreiterrolle in den internationalen Klimaverhandlungen. Dieser Anspruch ist jedoch nur dann glaubwürdig, wenn die EU intern eine ambitionierte Klimapolitik umsetzt. Andererseits hat die internationale Klimapolitik das Potential, sich zu einer Bremse für die EU-interne Dimension zu entwickeln. Klimapolitische Anreize, die finanzielle Belastungen vor allem für energieintensive Industrien in Europa implizieren, sind schwerer durchsetzbar, wenn Wettbewerber in anderen Regionen nicht vergleichbaren Belastungen ausgesetzt werden. In Kopenhagen gelang es der EU nicht, ihre Kernziele durchzusetzen. Insbesondere konnte kein umfassendes, rechtlich verbindliches Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012 unter Einbeziehung der Industrie- und Schwellenländer verabschiedet werden. Als ein Grund für das Scheitern wurden Schwächen in der EU-Klimaaußenpolitik identifiziert. So kritisierte das Europäische

Parlament in einer Entschließung mangelnde Einheit zwischen den Mitgliedstaaten und forderte die EU auf, künftig mit einer Stimme zu sprechen. Die Mitgliedstaaten spielen eine zentrale Rolle in der EU-Klimaaußenpolitik. Sie fixieren das Verhandlungsmandat und sind durch ihre Umweltminister bzw. ihre Staats- und Regierungschefs im Rahmen der VN-Klimaverhandlungen vertreten. Dies birgt die Gefahr, dass es der EU-Verhandlungsposition an Kohärenz und Flexibilität mangelt. Zudem kam es in Kopenhagen aufgrund unzureichender Informationen über die Verhandlungspositionen von Drittstaaten zu strategischen Fehleinschätzungen. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen sind die EU-interne strategische Koordination sowie die Abstimmung mit strategisch wichtigen Industrie- und Schwellenländern zu verstärken. Darüber hinaus bleibt offen, ob die Europäisierung der Klimapolitik und der Vertrag von Lissabon langfristig dazu führen, dass die EU zu einer einheitlicheren Vertretung findet.

Nach dem Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz verfolgt die Europäische Union für weitere Verhandlungsrunden ein Konzept der kleinen Schritte. Dieser Ansatz prägte bereits die Verhandlungsstrategie der EU für die Klimakonferenz in Cancún 2010. Leitlinien für die EU-Position, betreffend die Klimakonferenz in Durban im Dezember 2011, sollen durch den Umweltministerrat am 10. Oktober festgelegt werden. Es wird abzuwarten sein, welche Rolle die polnische Ratspräsidentschaft spielen wird. Einerseits hat Polen Durban zu einer Priorität seiner Ratspräsidentschaft gemacht. Andererseits gilt Polen seit längerer Zeit als Bremsklotz der EU-Klimapolitik.

## FRANKREICH

*Jörg Wolff | Daniel Dutzi | Sarah Rode*

### PRIORITÄTEN UND MASSNAHMEN DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG IM BEREICH DER KLIMAPOLITIK

#### **Prioritäten**

Die öffentlichen Verlautbarungen der zuständigen Ministerien (Außenministerium und Ministerium für Ökologie, nachhaltige Entwicklung, Verkehr und Wohnungswesen) legen nahe, dass die Prioritäten der französischen Regierung in erster Linie der Kampf gegen die globale Erwärmung unter dem Dach der europäischen Klimaschutzziele bis 2020 sowie der

VN-Klimaschutzvereinbarungen von Cancún von 2010 sind. Beide Zielsetzungen sind seit Februar 2005 in der französischen Verfassung kodifiziert. So hat sich Frankreich durch die Verankerung des Umweltschutzes in der Präambel der Verfassung und die Verabschiedung eines Energiegesetzes im Jahre 2004 sowie eines Klimaplanes 2009 einen Fahrplan im Bereich der Klimapolitik gesetzt.

Weiterhin ist es laut Quai d'Orsay dezidiertes Ziel der französischen Regierung, den Erfolg gemäß des ersten Verpflichtungszeitraums der Industrieländer zu garantieren, die Entwicklung der Fonds für den Erwerb von Kohlenstoff über die Stärkung der Flexibilitätsmechanismen zu beschleunigen, die technologischen

Kompetenzen zu einer Verringerung des Kohlendioxid-ausstoßes auszubauen sowie auf deren Beachtung im Rahmen der G-8-Staaten hinzuwirken. Dass diese Positionen unter Einfluss der Tagespolitik nicht immer oberste Priorität genießen, zeigt allerdings die Abkehr der französischen Regierung von dem Vorhaben, eine CO<sub>2</sub>-Steuer auf fossile Energieträger einzuführen. Der Rückzug wurde nach der herben Wahlniederlage der Regierungspartei UMP bei den Regionalwahlen Anfang 2010 beschlossen.

## Maßnahmen

Diese Prioritäten der Klimapolitik sollen mit folgenden Maßnahmen umgesetzt werden:

- Die Einführung des Energieausweises auch in Immobilienanzeigen zum Jahreswechsel 2010/2011, welcher über die Energieeffizienz von Immobilien Auskunft gibt und der in der Bundesrepublik bereits seit 2009 bei Neubauten Standard ist.
- Das weitere Ausbauen des französischen Umweltbonusystems, das den Kauf kohlendioxidarmer Fahrzeuge mit finanziellen Anreizen subventioniert. So sind einerseits die Förderungsgrenzen für Hybridfahrzeuge von einem Kohlendioxid-Ausstoß von 135 Gramm CO<sub>2</sub>/km auf 110 Gramm zum Jahreswechsel gesenkt worden. Andererseits wurde die Förderung von äußerst verbrauchsarmen Automobilen mit weniger als 60 Gramm CO<sub>2</sub>/km ausgebaut.

Dass diese Anreize die beabsichtigte Wirkung nicht verfehlt haben, zeigt ein Blick auf die durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro gefahrenem Kilometer. Die Gesamtemissionen aller neugekauften Fahrzeuge in Frankreich sanken nach Angaben der Regierung beispielsweise innerhalb eines Dreijahreszeitraums von 2007 bis 2010 um zwölf Prozentpunkte von 149 Gramm auf 131 Gramm. Mit diesen Zahlen steht Frankreich zweifellos an der Spitze der europäischen Länder, wohingegen Deutschland strukturell hier einen der hinteren Plätze belegt. Diese wird in Zukunft noch mehr durch die staatliche Subvention der Entwicklung von Elektroautos der heimischen Automobilindustrie unterstützt.

## DIE FRANZÖSISCHEN POSITIONEN IN CANCÚN – ERWARTUNGEN UND ERGEBNISSE

### 1. Erwartungen

Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy rief am 1. Oktober 2009 vor dem VN-Klimagipfel in New York die Staaten zu einem schnelleren Handeln zum Klimaschutz auf. Auf der VN-Klimakonferenz, die Mitte April 2010 in Bonn stattfand, bekräftigte Paris erneut

seinen Willen zum Klimaschutz. So machte Frankreich auf der Konferenz, welche vier Monate nach Kopenhagen stattfand, deutlich, dass der Gipfel in Mexiko ein entscheidendes Ereignis im Kampf um das Klima werden müsse. So habe Frankreich in Kooperation mit Norwegen bereits eine Konferenz zum Thema Waldschutz initiiert. Der Kampf gegen die globale Erderwärmung sei eine der wichtigsten Prioritäten des Landes.

Die neu ernannte französische Ministerin für Ökologie, nachhaltige Entwicklung, Verkehr und Wohnungswesen, Nathalie Kosciusko-Morizet, legte am 8. Dezember 2010 auf der Vollversammlung in Cancún die französische Position dar. Die Klimapolitik müsse von Pragmatismus und Handlungsfähigkeit geprägt sein, um möglichst schnell verbindliche Einigungen zu erzielen. Dabei hob sie die Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels der Kopenhagener Konferenz und ein verbindliches Abkommen zur Halbierung der weltweiten Treibhausgas-Emissionen hervor. Daher werden die EU und somit auch Frankreich die Fortführung des Kyoto-Protokolls über 2012 hinaus unterstützen und Cancún müsse daher Fortschritte erzielen. Ferner bekräftigte die französische Ministerin die Wichtigkeit, unterstützende Maßnahmen für Entwicklungsländer zu ergreifen und einzuführen. In diesem Kontext betonte sie das Waldabkommen REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation), für welches sich Frankreich in hohem Maße einsetze. Die Ergebnisse in Cancún bedingten vor allem den Erfolg der nächsten Weltklimakonferenz im Jahre 2012.

Karine Gavand, die Leiterin der Greenpeace-Klimakampagne in Frankreich, erläuterte in einem Interview im *Arte-Journal* am 29. November 2010 ihre Erwartungen an den Gipfel von Cancún. Es werde in Cancún nicht gelingen, ein internationales Abkommen zu verabschieden. Dennoch zeige sie sich optimistisch hinsichtlich möglicher Fortschritte, die in einzelnen Bereichen, wie z.B. im Waldschutz, erzielt werden könnten.

### 2. Ergebnisse

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy war nach dem Gipfel zufrieden. In einer Erklärung vom 12. Dezember 2010 gab er bekannt, dass er das verabschiedete Abkommen begrüße. Es sei ein Schritt in die richtige Richtung, um in Zukunft ein global verbindliches Abkommen im Kampf gegen den Klimawandel zu erreichen. Er hob an dieser Stelle vor allem die Vereinbarungen über die Abholzung der Wälder hervor. In diesem Bereich habe sich Frankreich schon seit längerem engagiert. Zudem lobte der Präsident die Einigung, die bezüglich des Klimafonds getroffen

wurde. Dieser solle langfristig unter Mithilfe der Weltbank etabliert werden, um Projekte und politische Maßnahmen der Entwicklungsländer zu unterstützen. Nicolas Sarkozy zeigte sich außerdem mit der Vereinbarung der Staatengemeinschaft, an einer globalen und langfristigen Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu arbeiten, zufrieden. Cancún habe folglich eine gute Grundlage für die nächste Konferenz im südafrikanischen Durban gelegt.

Auch Nathalie Kosciusko-Morizet begrüßte die in Cancún verabschiedete Übereinkunft. Das Abkommen erhalte vor allem Fortschritte im Bereich des Waldschutzes und des Technologie- und Finanztransfers. Außerdem sei der Multilateralismus in Cancún gerettet worden. Ebenfalls haben die Teilnehmer Handlungsfähigkeit bewiesen, um auch weiterhin den Kampf gegen den Klimawandel führen zu können. Bei dem Abkommen handle es sich um einen sehr wichtigen Fortschritt für die Fortsetzung der internationalen Zusammenarbeit.

#### INNERFRANZÖSISCHE DISKUSSION ZU CANCÚN – WIE WIRD DIE INTERNATIONALE KLIMADEBATTE IN FRANKREICH MEDIAL WAHRGENOMMEN?

Auch in Frankreich waren die Erwartungen vor dem Gipfel eher gedämpft, da bereits auf dem Klimagipfel in Kopenhagen 2009 keine verbindlichen Zusagen für den Schutz des Klimas erreicht wurden. Zwar habe sich die internationale Staatengemeinschaft in Kopenhagen darauf verständigt, die globale Erderwärmung zu reduzieren, was jedoch folgenlos blieb. Darüber hinaus sei die „Kopenhagener Vereinbarung“ zwar anerkannt, aber nicht offiziell ratifiziert worden. Dieser Tenor zog sich durch die Berichterstattung im Anschluss an die Konferenz von Cancún durch.

Die französische Zeitung *Le Monde* berichtete am 11. Dezember 2010 über Cancún mit dem Titel „ein zaghafter Fortschritt, der das Vertrauen in den Multilateralismus wiederherstellt“. Zwar wurde darin die geringe Wirksamkeit des Abkommens kritisiert, jedoch begrüßten die Beobachter, wie sich ein Jahr nach Kopenhagen die Staaten in ihren Positionen annäherten. Die Tageszeitung *Le Figaro* urteilte einen Tag nach Beendigung des Gipfels etwas positiver, indem sie von einer „Einigung“ beim Klimagipfel sprach. Jedoch wurde dabei der lange Weg, den die internationale Staatengemeinschaft „zur Rettung der Erde“ noch zu leisten habe, verdeutlicht. Ein weiterer Artikel in *Le Figaro* vom 13. Dezember 2010 sprach von „Cancún, oder der Wiedergeburt der UNO“. Von einem Erfolg in Cancún könne gesprochen werden, da die Verhandlungsprozesse wieder von Vertrauen



*Im Kernkraftwerk im lothringischen Cattenom werden vier Druckwasserreaktoren betrieben. 2007 war der die Anlage mit 37 Terawattstunden ins Netz gespeister elektrischer Energie der größte Produzent in Frankreich.*

gekennzeichnet waren. Diese Konferenz sei eine letzte Chance für die Klimaverhandlungen gewesen. Es sei somit gelungen, alle Länder mit ins Boot zu holen. Das Abkommen von Cancún müsse daher unter diesem Gesichtspunkt beurteilt werden. Außerdem spielten bei dieser Weltklimakonferenz die Schwellenländer, die lange Zeit als passive Teilnehmer bei der Errichtung der internationalen Gouvernance wahrgenommen wurden, eine wichtige Rolle. Darüber hinaus habe die aktive europäische Teilnahme zum Erfolg der Konferenz beitragen.

Die Stimmen in der französischen Parteienlandschaft sind hingegen eher nüchtern. Während die UMP als Regierungspartei die Auffassungen der Regierung teilt, sind die Stimmen anderer Parteien differenzierter. So begrüßte die französische Partei Europe Écologie-Les Verts ebenfalls die Rückkehr in das Vertrauen des Multilateralismus, auch wenn „das Klima auf dem Gipfel nicht gerettet wurde“. Das Gefühl der Erleichterung habe in Cancún dominiert. Nach dem Scheitern in Kopenhagen hätte die UNO Handlungsfähigkeit bewiesen und die Verhandlungen konnten konkrete Resultate erzielen.

Die Sozialistische Partei zeigte sich indes über den Ausgang in Cancún weniger beeindruckt. Die Welt sei in ihren Erwartungen enttäuscht worden, selbst wenn der Multilateralismus gestärkt werden konnte. Das Volk erwarte hingegen eine weitaus größere Tatkraft von den Politikern. Zudem bedauerten die Sozialisten das Scheitern eines verbindlichen Abkommens.

Insgesamt wird der Ausgang des Gipfels in der französischen Gesellschaft kontrovers diskutiert. Angesichts

des Debakels in Kopenhagen und in Anbetracht der extrem niedrigen Erwartungen und Erfahrungen der letzten Jahre beurteilten einige Kommentatoren die Beschlüsse von Cancún als Schritt in die richtige Richtung. Andere Beobachter sind hinsichtlich der Ergebnisse eher zurückhaltend. Sie stellen jedoch auch fest, dass die großen Fragen zur Rettung des Weltklimas in Cancún ungelöst blieben.

#### FRANKREICH UND DIE KERNENERGIE NACH DER ATOMKATASTROPHE IN JAPAN IM MÄRZ 2011

Angesichts der Katastrophe in Japan reagierte auch die französische Öffentlichkeit geschockt. Jedoch wies Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Frage nach einem französischen Atomausstieg konsequent zurück. Diese Katastrophe werde die Energiestrategie Frankreichs nicht in Frage stellen, da der französische Atompark sicher sei.

Nach der Ankündigung des Atomausstiegs in Deutschland hatte sich die UMP kritisch geäußert: Frankreich „respektiert die deutsche Entscheidung“, aber es handele sich nicht um die „Wahl“ der französischen Regierung, welche die Kernenergie als eine „Zukunftsenergie“ bewerte, so Premierminister François Fillon. Andere UMP-Minister teilen diese Auffassung. Für sie gewährleiste die Kernenergie die Energieunabhängigkeit Frankreichs und außerdem sei sie Teil der französischen Industrie.

Die Debatte über die Kernenergie könnte jedoch im Wahlkampf zur Präsidentenwahl 2012 eine zentrale Rolle spielen. Die sozialistische Partei socialiste sieht in ihrem Wahlprogramm eine Debatte zum Kernausstieg vor, falls ihr Kandidat gewählt werden sollte; die ökologische Partei Europe Écologie-Les Verts fordert einen Ausstieg aus der Kernenergie. Die Bildung einer gemeinsamen Meinung der beiden potentiellen Koalitionspartner würde deshalb nicht einfach werden.

#### FRANKREICH UND DEUTSCHLAND – AUCH EIN TANDEM IN DER KLIMAPOLITIK?

Frankreich und Deutschland gelten seit nunmehr fast sechzig Jahren als Beispiel für eine eng strukturierte bilaterale Zusammenarbeit und als Motor der weiteren Europäischen Integration. Die Zusammenarbeit für die Bereiche der Klimapolitik ist jedoch von unterschiedlicher Wirtschaftsstruktur.

Frankreichs Wirtschaft unterliegt anderen Herausforderungen des Klimawandels als die Bundesrepublik. Wie eine Bestandsaufnahme von Susanne Nies in einer Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung Paris

vom März 2010 zeigt,<sup>1</sup> besteht die Energieversorgung in Frankreich aus einem hohen Anteil an Atomenergie am Energiemix von mittlerweile deutlich über 40 Prozent und verfügt nach der Bundesrepublik mit etwa sechs Prozent über den zweithöchsten Anteil Erneuerbarer Energien, darunter vor allem Windenergie und Holzfeuerung, unter den Industrieländern. Während in Deutschland die Atomenergie nur circa elf Prozent ausmacht und daher über 80 Prozent des Energiebedarfes über fossile Energieträger generiert werden, ist dies in Frankreich nur knapp zur Hälfte der Fall. Deshalb rangiert das Land im Ranking der Kohlendioxid emittierenden Länder im Jahre 2008 der internationalen Energieagentur (IEA) mit 368 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> auf Platz 16, die Bundesrepublik hingegen auf Platz sechs mit 804 Millionen Tonnen. Jedoch konnte Deutschland die Ausbringungsmenge der Privathaushalte bis Ende 2009 nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes von 654 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahre 1990 auf 618 Millionen Tonnen, also um sechs Prozentpunkte, senken.

Weiterhin ist der deutlich niedrigere Energiepreis in Frankreich ein erheblicher Standortvorteil für die Unternehmen. So nimmt Deutschland nach einer Untersuchung des Londoner Beratungsunternehmens Energy Advice im Auftrag des Energie-Informationsdienstes EID im Jahre 2007 unter zwölf europäischen Ländern den fünften Rang ein, während Frankreich im hinteren Bereich rangiert. Auch im Jahresmittel 2010 betrug der Strompreis westlich des Rheins für Industriekunden nach Zahlen von Eurostat nur neun Cent pro Kilowattstunde, während in der Bundesrepublik hierfür im gleichen Zeitraum 35 Prozent mehr, nämlich 14 Cent je kWh, bezahlt werden mussten. Ein Vergleich dieser Zahlen zeigt somit, dass der Veränderungsdruck zum Erreichen der 20-20-20-Formel der Europäischen Kommission für Deutschland deutlich größer ist als für Frankreich. Nach der Formel sollen die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 sinken, der gesamte Primärenergieverbrauch der Union um ebenfalls 20 Prozent. Gleichzeitig soll der Anteil Erneuerbarer Energien auf 20 Prozent angehoben werden.

Bei gegebenen Strukturen und Ansatzpunkten der getroffenen Maßnahmen zum Klimaschutz ist in Berlin daher eine größere Bandbreite als in Paris festzustellen. Beispielhaft sei hier auf das Engagement von Angela Merkel auf dem G-8-Klimagipfel 2007 in Heiligendamm

1 | [Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Frankreich, „Deutschland – Frankreich: Fünf Visionen für Europa“, 2. Auflage 2010.](#)

verwiesen. So hat Deutschland bereits im Jahre 2007 die Kohlendioxid-Emissionen für Großemittenten beschränkt und durch die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) eine gezielte Förderung des Ausbaus regenerativer Formen der Energiegewinnung beschlossen. Zudem wurden bereits zwei Jahre vor der Umsetzung des Energieausweises in Frankreich Förderprogramme für bessere Wärmedämmung und Energieeffizienz lanciert. Festzustellen ist, dass sich in den Jahren 2009 und 2010 eine zunehmende Harmonisierung der Umweltschutzmaßnahmen beider Länder abzeichnete.

So beschlossen beide Staaten im Jahre 2009 die Etablierung zweier Spitzenforschungsinstitute, des Institute for Advanced Sustainability (IASS) in Potsdam und des Hôtel des sciences pour le développement soutenable (HSDS) in Paris. Damit sollen die Anstrengungen beider Länder zur Anpassung an die globale Umweltveränderung und den Klimawandel koordiniert werden. Überdies sind Deutschland und Frankreich gemeinsam im Rahmen der Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KIC) an den KIC zum Klimaschutz (Climate-KIC) und zur Nachhaltigen Energie (KIC InnoEnergy) beteiligt. Die im Februar 2010 in Paris vereinbarte gemeinsame Deutsch-Französische

Agenda 2020<sup>2</sup> hat den Teilbereich Energie, Klima und biologische Vielfalt als einen von sechs Kernpunkten aufgenommen. Dieser Rahmen sieht umfangreiche Koordinierungsmaßnahmen, wie u.a. die Schaffung eines deutsch-französischen Büros für Erneuerbare Energie, die Diversifizierung des Energiemixes, der Energiequellen und der Versorgungsrouten, die Entwicklung des intelligenten Strommanagements sowie die Zusammenarbeit für einen rentableren und umweltfreundlicheren Luftverkehr in Europa, vor.

Fundamentale Unterschiede bestehen hingegen im bereits angesprochenen Bereich der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Neufahrzeugen, bei denen Frankreich europaweit die Vorreiterrolle einnimmt.

Alles in allem bleibt jedoch festzustellen, dass die Harmonisierungstendenzen im Bereich der Klimapolitik in den vergangenen Jahren eine Annäherung der Positionen beider Länder erkennen lassen. Allerdings kann nur bedingt von einem „deutsch-französischen Tandem in der Klimapolitik“ gesprochen werden.

2 | In der Agenda 2020 haben sich Deutschland und Frankreich im Februar 2010 dazu entschlossen, gemeinsame Ziele für die neuen Herausforderungen Klimawandel, Wirtschafts- und Finanzkrise sowie Bedrohung von Frieden und Sicherheit zu setzen.

## GROSSBRITANNIEN

Theresa Finck | Claudia Crawford

Großbritannien, das an allen Seiten an Meere grenzt, hat eine besondere Klimaproblematik. Der weltweit steigende Meeresspiegel macht auch vor der britischen Insel keinen Halt. Küstennahe Gebiete sind von regelmäßigen Überflutungen bedroht. 2007 erlebte das Land das schlimmste Hochwasser seit 60 Jahren. Der Katastrophenschutz und die Behörden waren dem nicht gewachsen und reagierten zu langsam. Um die Ausmaße der Katastrophe zu erfassen, aber auch um deren Ursachen und Folgen zu analysieren, wurde von der Regierung eine Studie, die „Pitt Review“<sup>1</sup>, in

1 | Sir Michael Pitt ist unabhängiger Professor. In seiner Studie „Pitt Review“ untersuchte er die Risiken von Hochwasser vor dem Hintergrund des Klimawandels. [http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20100807034701/http://archive.cabinetoffice.gov.uk/pittreview/\\_/media/assets/www.cabinetoffice.gov.uk/flooding\\_review/pitt\\_review\\_full%20pdf.pdf](http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20100807034701/http://archive.cabinetoffice.gov.uk/pittreview/_/media/assets/www.cabinetoffice.gov.uk/flooding_review/pitt_review_full%20pdf.pdf) [02.09.2011]. Die Regierung antwortete auf seine Analyse mit einer eigenen Publikation. <http://www.defra.gov.uk/publications/files/pb13193-govtresptopitt-081216.pdf> [02.09.2011].

Auftrag gegeben. Sie beschreibt die Auswirkungen auf die am schlimmsten von Hochwasser und Fluten bedrohten Regionen und enthält einen Katalog von Schutzmaßnahmen, die die Regierung aus Sicht des Autors ergreifen sollte. Sir Pitt stellt letztlich fest, dass der fortgeschrittene Klimawandel durch die damit einhergehenden extremen Wetterlagen schon jetzt eine akute Gefahr für das Land darstellt. Die Studie *Anthropogenic greenhouse gas contribution to flood risk in England and Wales in autumn 2000* der Oxford University<sup>2</sup>, die im Januar 2011 erschienen ist, kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Sie konnte nachweisen, dass es einen Zusammenhang zwischen den wiederkehrenden Überflutungen und dem Klimawandel gibt. Eine andere extreme Wetterlage erlebte Großbritannien im Dezember 2010. Unaufhörliche Schneefälle überzogen flächendeckend das unvorbereitete Land. Die Auswirkungen waren gravierend.

2 | P. Pall, T. Aina, D. A. Stone, P. A. Stott et al., 2011. „Anthropogenic greenhouse gas contribution to flood risk in England and Wales in Autumn 2000“, *Nature* 470, S. 382–385.